

Schwäbische Zeitung

SONDERVERÖFFENTLICHUNG ZUM 7. BODENSEE BUSINESS FORUM 2024

Mit kühlem Kopf durch bewegte Zeiten
Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen



Die globalen Herausforderungen dieser Zeit verunsichern. In ihrer Komplexität scheinen diverse Unwägbarkeiten an allen Ecken zu lauern. So muss vor den US-Wahlen nach Brüssel geschaut werden. Ist die EU außenpolitisch handlungsfähig? Das fragen sich viele Menschen mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine oder die hoch-explosive Lage im Nahen und Mittleren Osten. Wirtschaftspolitisch kommt ein ganzes Bündel von - je nach Blickwinkel - Chancen oder Risiken hinzu. Wie muss sich Deutschland aufstellen, was kann die Region dabei leisten? Beispiel: Sind die Unzulänglichkeiten der E-Mobilität hausgemacht oder sind die Chinesen schuld? Um diese Fragen anzugehen, braucht es Analysen.

Das BBF liefert sie.

Dr. Hendrik Groth
Initiator des Bodensee Business Forums



Gesamte Berichterstattung auf Schwäbische.de



Mit freundlicher Unterstützung von:



Fatale Aussichten für Europa? „Wird alles schlimmer werden“

Von Dirk Grupe

Beim BBF diskutierten hochkarätige Gäste über eine Kriegsgefahr durch Russland. Und fordern ein Umdenken in Deutschland.

FRIEDRICHSHAFEN – Vor dem Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen formierten sich ihre Gegner, eine nach eigenen Angaben der AfD nahe stehende „Friedensdemonstration“, zum anderen die linksgerichtete Organisation „Jugend kämpft“ unter dem Motto: „Gegen AfD und Faschismus – Gegen Strack-Zimmermann und die Kriegslobby!“

Das sollte Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) aber nicht davon abhalten, auf dem BBF-Podium gewohnt klare Worte zu finden. „Sicherheitspolitisch brauchen wir ein neues Europa“, erklärte Strack-Zimmermann zum Thema „Ist die EU außenpolitisch überhaupt handlungsfähig?“

Und diese Handlungsfähigkeit wird vielleicht schon sehr bald auf die Probe gestellt, so die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Europäischen Parlamentes mit Blick auf die US-Präsidentenwahl. „Mit US-Präsident Joe Biden geht auch die transatlantische Freundschaft“, so Strack-Zimmermann.

Und was auf Biden folgt, kann fatal ausgehen, wie Jean Asselborn, ehemaliger Außenminister Luxemburgs, erklärte: „Wenn Trump kommt, wird alles schlimmer werden.“

Weil Europa für den Republikaner keine Rolle spielt, so

Asselborn. „Es geht ihm nur um Patriotismus.“ Und womöglich um die Einlösung eines Versprechens, im Falle seines Wahlsieges innerhalb von 24 Stunden in der Ukraine Frieden herzustellen – im Verbund mit Putin. Nach fast 1000 Tagen Krieg, da sind sich die Experten in Friedrichshafen einig, werden die Gefahren für solch eine Entwicklung immer größer.

„Geht Putins Rechnung langfristig auf? Lässt in naher Zukunft ein ermüdetes Westen die Ukraine möglicherweise im Stich?“ Auf die Fragestellung hat Andrij Melnyk, ukrainischer Botschafter in Brasilien und einst in Deutschland, eine eindeutige Antwort: „Ja, leider scheint Putins Rechnung aufzugehen“, so Melnyk in einer Videobotschaft.

Anzeichen dafür gibt es aus seiner Sicht genug, wie die zunehmende Schwäche der ukrainischen Armee, aber auch der schwindende Rückhalt im Westen. „Es gibt ein regelrechtes Bashing gegen angeblich faule Flüchtlinge, die nur wegen des Geldes nach Deutschland geflüchtet seien.“ Nicht weniger als eine Mär, sagt Melnyk, eine von Propaganda gefütterte Erzählung.

Keine Illusion ist für den Politiker dagegen, dass es bei dem Krieg um weit mehr geht, als die Grenzen eines Staates. „Es liegt im Eigeninteresse Deutschlands, der Ukraine zu helfen.“ Andernfalls, so Melnyk, droht Europa die nächste Flüchtlingswelle. Und: „Putin wird nicht halten und einen neuen Krieg gegen die NATO anfangen.“



Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) appelliert dafür, die Ukraine militärisch zu unterstützen.

FOTO: STEFAN TRAUTMANN

Daher wirbt er für verstärkte militärische Unterstützung, andernfalls müsse Deutschland eines Tages seine Soldaten in einen Krieg schicken. „Das ist der einzige realistische Weg, um Deutschland vor einem offenen Krieg mit Russland zu bewahren.“ Aber wie realistisch ist dieses Szenario?

Unrealistisch sei es nicht, meint Professor Carlo Masala, Politikwissenschaftler an der Universität der Bundeswehr München. „Putin wird die NATO testen, inwieweit sie bereit ist, zu reagieren“, sagt Masala. Zu reagieren, wenn Russland zum Beispiel eine grenz-

nahe und überwiegend russischsprachige Stadt in Estland annektieren würde. „Reagiert die NATO dann nicht, dann ist die NATO kaputt.“

Was wäre wenn? In die Zukunft lässt sich nur schwer blicken, einig waren sich die Sicherheitsexperten in Friedrichshafen allerdings, dass die Gegenwart in weiten Teilen der Öffentlichkeit verzerrt wahrgenommen werde. Nicht zuletzt, wenn es um die Tragweite des Ukraine-Krieges geht, der doch zunehmend als Problem erscheint, das weit weg von der eigenen Lebenswirklichkeit liege. Weit gefehlt, meint Carlo Ma-

sala: „Dieser Krieg ist Teil eines Weltordnungskrieges“, so der Wissenschaftler. „Es geht um das Überleben der liberalen Weltordnung.“

Roderich Kiesewetter, Oberst a.D. und CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Aalen-Heidenheim, warnt schon lange vor der Koalition aus Russland, China, dem Iran und Nordkorea. Und davor, dass die Ukraine entweder Teil der europäischen Friedensordnung werde oder Russland diese Friedensordnung zerstöre. Und der deshalb, bisweilen auch gegen parteiinterne Widerstände, vehement für militä-

rische Unterstützung eintritt.

„Wenn wir aber so weitermachen wie bisher, wird die Ukraine auseinanderbrechen“, sagt Kiesewetter. „Und der Krieg wird weitergetragen. Dagegen müssen wir uns wappnen.“ Damit auch bei uns „Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Zusammenarbeit“ eine Zukunft haben, wie Jan Tombiński, Geschäftsträger der polnischen Botschaft in Deutschland, beipflichtete. Doch was muss dafür geschehen, was sich ändern?

„Bei uns herrscht ein Mangel an Risikobewusstsein“, ist Kiesewetter überzeugt.

„Wohlstand wird mit Frieden und Freiheit verknüpft.“ Für den Außenpolitiker eine verengte Weltansicht. „Es fehlt die Überzeugung, Wehrhaftigkeit und Verteidigungswillen als Teil unseres Wohlstandes einzupreisen“, sagt er. „Russland ist ein imperiales Land. Wir müssen unsere Bemühungen daher in die Wehrhaftigkeit stecken.“ Was auch gelten muss, wenn es um Verhandlungen mit dem Aggressor geht. „Wir müssen von Russland fordern, das Existenzrecht aller seiner Nachbarstaaten anzuerkennen.“

Einen Mentalitätswandel fordert auch Politikwissenschaftler Masala: „Bei uns herrscht seit Weimar der tief sitzende Glaube, dass gute Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, gut für alle seien.“ Ein Irrglaube, wie Masala betont, mit Folgen. „Wir müssen viel mehr aus eigenen Sicherheitsinteressen heraus handeln.“

Jan Tombiński geht noch einen Schritt weiter. „Unser Ziel sollte sein, Russland zu besiegen. Auch im Sinne des russischen Volkes.“ Was für ihn eng verknüpft ist mit einem zweiten Ziel: „Die Verbrecher des Krieges vor Gericht zu stellen. Das sollte die einzige Garantie an Russland sein.“ Und Europa?

„Die Ukraine ist kein Nebenschauplatz“, betont Strack-Zimmermann. Fällt das Land, werde sich auch Europa tiefgreifend verändern. Daher appelliert sie an Bürger genauso wie an Politiker, offensiv und lautstark für eine Überzeugung einzutreten: „Wir stehen zu Europa.“

Anzeige



Wir wachsen verantwortungsvoll

Familienfreundlich, verlässlich und zukunftsorientiert.

Wir vereinen Innovationsgeist mit hoher Qualität, fördern individuelle Stärken sowie die persönliche und fachliche Weiterentwicklung. Bei uns zählt jede und jeder Einzelne – damit alle Bereiche perfekt ineinandergreifen.

Lernen Sie Vetter kennen!
vetter-pharma.com

Rely on us.

Von Ulrich Mendelin

Desinformation findet im digitalen Zeitalter neue Wege, um ihre Zielgruppe zu erreichen. Künstliche Intelligenz ist ein Werkzeug für Fake News. Können Bürger sich schützen?

FRIEDRICHSHAFEN – „Herr, es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß.“ Die Zeilen aus dem Herbstlied von Rainer Maria Rilke, eingespielt auf einem großen Bildschirm, rezitierte der nordrhein-westfälische SPD-Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel gleich zu Beginn. Was das mit Fake News, KI und Desinformation, dem Thema dieses Panels beim Bodensee Business Forum, zu tun hat: Yüksel hat diese Worte nie ausgesprochen, er war von der Darbietung auf dem Bildschirm selbst überrascht. Urheber des Videos war der Journalist Richard Gutjahr, wie Yüksel zu Gast auf dem Podium. „Ich habe Sie geklont“, leitete Gutjahr die Diskussionsrunde ein. Und zeigte schon, was Künstliche Intelligenz heute zu leisten imstande ist. „Nichts an diesem Video ist echt“, stellte Gutjahr klar. Nicht immer sind die Fälschungen so harmlos wie das Video vom Herbstlied.

Sind die Internetkonzerne zu mächtig geworden? Müssen sie reguliert werden und ist das überhaupt noch möglich? Darüber diskutierten Yüksel und Gutjahr mit der Ehrenamts-Botschafterin Gülçin Bayraktar, die sich mit ihrem Ravensburger Verein Tavir für Bildung, Integration und

Raus auf die Marktplätze

gleichberechtigte Teilhabe einsetzt, sowie David Schraven, Gründer des Recherchezentrums Correctiv. Moderiert wurde die Runde von Kinza Khan von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. „Muss Big Tech weg?“, fragte Khan gleich zu Beginn in die Runde. Die Antworten schwankten zwischen einem unbedingten Ja und der Forderung nach mindestens deutlich besserer Regulierung.

85 Prozent der Internetnutzer finden es nach einer aktuellen Umfrage schwer, den Wahrheitsgehalt einer Information im Netz einzuschätzen. Ebenso viele sind der Ansicht, dass Falschmeldungen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt schaden. Und 75 Prozent sehen darin einen Grund für den Aufstieg radikaler Parteien. Die Zahlen, die Richard Gutjahr präsentierte, sind beunruhigend. Dabei sind seiner Meinung nach bei-

spielsweise gefälschte Bilder gar nicht das eigentlich Schlimme, diese zu erkennen, würden Internetnutzer schon lernen. „Aber was ist, wenn wir gleichzeitig verlieren, der Wahrheit zu glauben?“

Der Wahrheit nachzuspüren, hat sich auch der zweite Journalist in der Runde, David Schraven, zur Aufgabe gemacht. Sein Credo gegen das Auseinanderdriften der Gesellschaft, gegen die Vermischung von Wahren und Unwahren, gegen Desinformation und dem Rückzug in die Gemeinschaft der Gleichgesinnten: „Wir müssen auf die Marktplätze.“ Von Angesicht zu Angesicht würden sich Probleme besprechen lassen, lasse sich Glaubwürdigkeit herstellen. „Jugend vertraut Menschen“, sagte Schraven. „Wir müssen sichtbar werden. Aufgabe von Journalisten ist es nicht, im luftleeren Raum zu diskutieren.“ In seiner Hei-

matstadt Bottrop würde er das mit Gleichgesinnten immer am Samstagvormittag tun, Kaffee anbieten und zu Gesprächen ermuntern.

Das persönliche Gespräch suchen, und zwar im echten Leben: Auch Serdar Yüksel und Gülçin Bayraktar ist das ein Anliegen. Der SPD-Politiker Yüksel stellt dafür auch schon mal Klappstühle auf, lässt Menschen reden. Er ist für eine strenge Regulierung bei KI und Sozialen Medien. Dass die der Artificial Intelligence Act, eine EU-Vorschrift, mit der europaweite Regeln für KI durchgesetzt werden sollen, erst bis 2026 in nationales Recht umgesetzt werden muss, will ihm nicht in den Kopf. „Europa braucht eine starke Antwort gegen Tech-Konzerne aus den USA, aber auch aus China.“

„Dazu beitragen, dass Begegnung stattfindet“ will auch Bayraktar. Und zwar: „Aktiv stattfindet, nicht mit dem Handy in der Hand.“ Im Kleinen würden sie und ihre Mitarbeiter versuchen, darzustellen: „Die Verantwortung liegt bei uns allen.“

KI muss dringend und effektiv reguliert werden, da sind sich auf dem Podium alle einig. „Geldstrafen reichen nicht“, meint Gutjahr, und Schraven fragt sich speziell bei dem chinesischen Dienst Tiktok, ob Regulierung überhaupt reicht. Dieser verbreite „Propaganda, die auf Zehnjährige einhämmert“, so Schraven. Regulierung sei da vielleicht nicht mehr möglich. „Da ist die Frage, ob man das nicht einfach verbieten muss.“



Unter den Augen des geklonten Serdar Yüksel diskutieren Moderatorin Kinza Khan, Gülçin Bayraktar, David Schraven, Richard Gutjahr und Serdar Yüksel (von links) über Desinformation und Fake News.

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Gefragt ist die alte Stärke

Von Uwe Jauß

Deutschland könne auch künftig global eine relevante Rolle spielen. Da ist sich eine Gesprächsrunde des Bodensee Business Forums sicher. Das Land müsse sich aber seiner einstigen Tugenden besinnen.

FRIEDRICHSHAFEN – Das Thema lautet: Neue Weltordnung – was bedeutet die sich wandelnde geopolitische Lage für uns? Günther H. Oettinger, am besten bekannt als früherer baden-württembergischer Ministerpräsident und ehemaliger EU-Kommissar, legt bei der Podiumsdiskussion sofort los. Angespornt wird der CDU-Politiker durch das Stichwort Lieferkettengesetz, angesprochen von Moderator Ralph Sina. Dieses Gesetz, betont Oettinger in harscher Form, sei „gut gemeint, aber arrogant.“ Er fährt fort: „Wir treten damit wie Neokolonisten auf.“ Deutschland glaube, damit der Welt etwas Gutes zu tun. „Aber die Welt macht da nicht mit.“

Durch Oettingers Worte ist grob die Richtung der Debatte mit den beiden anderen Teilnehmern der Runde vorgegeben: mit Maria J. Debre, ihres Zeichens Professorin für Internationale Beziehungen an der Zeppelin Universität Friedrichshafen, sowie mit Jörg Stratmann, Vorsitzender der Rolls-Royce Power Systems AG. Im Mittelpunkt steht die Rolle des offensichtlich schwächelnden Deutschlands, welches sich bei der Suche nach einer künftigen tragenden geostrategischen Rolle schwertut – und dies zum eigenen Schaden.



Günther H. Oettinger (links), Maria J. Debre und Jörg Stratmann diskutieren unter der Leitung von Ralph Sina (nicht im Bild) über die Veränderung der geopolitischen Lage und die Folgen für Deutschland. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Oettinger meint, gerade die weniger entwickelten Länder wollten weniger wohlfeile Ratschläge, sondern sich zu aller erst „ihren Wohlstand schaffen.“ Sie seien nicht bereit, „unseren Überzeugungen zu folgen.“ Im Gegenteil: Dauernde Belehrungen hätten eine kontraproduktive Folge – zumal sich Entwicklungsländer, oder Länder des globalen Südens, wie es heute heißt, inzwischen an andere Machtzentren wenden könnten.

Es ist sofort klar, um wen es geht: China. Ein Thema ist dabei der sich anbahnende Handelskrieg zwischen der EU

und der ambitionierten Supermacht. Oettinger sieht in diesem Zusammenhang die Gefahr, dass Deutschland bei solchen ökonomischen Streitereien auf der Strecke bleiben könnte.

Um die Gefahren zu erläutern, erinnert er daran, dass nach jetzigen Umfragen zur US-Wahl Donald Trump gute Chancen habe, wieder ins Weiße Haus einzuziehen. Dies dürfe nach seiner Meinung eine Verschärfung der US-Sanktionen gegen China mit sich bringen – verbunden mit dem Druck auf die Europäer, dabei mitzumachen. Wer sich dagegenstellen würde, hätte

dann wiederum wirtschaftliche Probleme in den USA.

Die Lage würde sich verschärfen, greife China Taiwan an, ergänzt Oettinger. Er verweist auf die Exportabhängigkeit von Deutschland, aber auch anderen EU-Ländern. Eine Zwickmühle. „Wir sind in großer Gefahr“, glaubt Oettinger, „wir müssen wieder attraktiv werden und stark sein.“ Deutschland solle dabei als Partner auftreten. Andere Länder wollten sich „von uns nicht ständig belehren lassen.“ Dem stimmt auch Stratmann von Rolls-Royce Power Systems zu. Der Wirtschafts-

mann verlangt nach einem na durch seine Russland-Unterstützung zum „Reich des Bösen“ gehört. Wobei der russische Krieg gegen die Ukraine nach seiner Wertung „ein Krieg gegen den Westen“ ist.

Um in einer sich rasch ändernden Welt bestehen zu können, fordert Oettinger, „wir müssen wieder attraktiv werden und stark sein.“ Deutschland solle dabei als Partner auftreten. Andere Länder wollten sich „von uns nicht ständig belehren lassen.“ Dem stimmt auch Stratmann von Rolls-Royce Power Systems zu. Der Wirtschafts-

mann verlangt nach einem

„Aufbruch Deutschlands“, nach einer „klaren Agenda für die nächsten zehn Jahre.“ Dann, glaubt Stratmann, könne man wieder stark sein und global auf Augenhöhe mitreden.

Seine Problemanalyse ähnelt jener von Oettinger. Stratmann verweist ebenso auf die „geopolitischen Spannungen“. Ihm bereitet Sorgen, dass sich daraus weitere Handelshindernisse entwickeln könnten. Als Beispiel nennt er für seinen Geschäftsbereich, dass das Unternehmen etwa in Europa chinesische Batterien verbauen könnte, in den USA aber nicht. Für ihn steht außer Frage, dass Europa und damit Deutschland die Abhängigkeit von China verringern müsse. „Aber auch von den USA“, ergänzt er. Ein florierendes Europa sei wiederum ein Machtfaktor, der von beiden Mächten gebraucht werde.

Stratmann weist der EU als Organisation in diesem geostrategischen Gerangel einen wichtigen Part zu und stemmt sich gegen eine pauschale Kritik an der Gemeinschaft: „Wir brauchen mehr EU und nicht weniger – schon wegen des Binnenmarkts.“ Er sei großartig. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Stratmann nicht Verbesserungsbedarf sieht. „Was wir machen müssen“, sagt er, „EU-Vorschriften einem strengen Realitätscheck zu unterziehen.“

Was die Bürokratie in Brüssel teilweise mache, sei monströs, erstickend für Unternehmen, so Stratmann. Er nennt unter anderem die A1-Bescheinigung fürs Arbeiten im EU-Ausland. Sie wird jedes Mal benötigt, wenn eine entspre-

chende Person jenseits der Grenzen aktiv wird. Ein ähnliches Beispiel sei die von der EU beschlossene Nachhaltigkeitsberichterstattung. Dabei geht es um Nachhaltigkeitsaspekte wie Umweltrechte, soziale Rechte, Menschenrechte und Governance-Faktoren. Wenn es um die EU geht, hat Professorin Debre ein weiteres Problem ausgemacht. Die EU werde von nationalen Politikern schlecht geredet, wenn etwas schlecht verlaufe. Geschehe Gutes, würden sich solche Leute dagegen selber in den Vordergrund stellen. So etwas befeure natürlich all jene, für welche die EU nur ein Unheil sei.

Debre kommt im Anschluss noch auf BRICS zu sprechen, einer Vereinigung von Staaten, die sich gegen eine globale Dominanz des Westens richtet. Die wichtigsten Mitglieder sind China, Russland und Indien. Dieser Tage hat sich diese Staatengruppe auf russischem Boden getroffen, in der Stadt Kasan. Die Professorin wittert diverse Gefahren, weil sich BRICS zunehmend ausweitet. Sie sieht vor allem eine Anziehungskraft für autoritär geführte Staaten, selbst wenn bisher auch große Demokratien wie Indien dabei seien.

Letztlich, so denkt Debre, käme es bei diesem globalen Richtungskampf gerade für Deutschland und die EU auch darauf an, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Als Beispiel nennt sie Menschenrechte.

Es sei fatal, diese von eher schwachen Staaten einzufordern, von starken hingegen nicht. So etwas würde vor allem im globalen Süden als verlogen begriffen.

Wie man sympathisch demonstriert

Von Ulrich Mendelin

Protest gehört zur Demokratie. Welche Formen von Kritik und Widerspruch sind im Rechtsstaat legitim - und wird immer mit dem gleichen Maß gemessen?

FRIEDRICHSHAFEN – Wie man protestiert und wie man dafür Aufmerksamkeit bekommt – darin hat Gerd Leipold jahrzehntelange Erfahrung gesammelt. „Wir haben mal die Ausflüsse von einer Chemiefabrik zugemacht“, erzählte der Umweltaktivist, der von 2001 bis 2009 Vorsitzender von Greenpeace International war, aus früheren Zeiten. „Wahrscheinlich war das damals eine Straftat.“ Legitim war es aus seiner Sicht allemal. Und auch die Gerichte hätten die Aktion nicht verfolgt, so Leipold. Sie hätten in ihre Abwägung die damals unzureichende Umweltgesetzgebung einbezogen.

Wie weit darf Protest gehen? Darüber diskutierte auf dem Bodensee-Business-Forum Leipold mit Justiz-Staatssekretär Benjamin Strasser (FDP), dem Anwalt und Antiziganismus-Beauftragten der Bundesregierung Mehmet Daimagüler und der Rechtswissenschaftlerin Judith Froese von der Uni Konstanz. Moderiert wurde die Runde von Laura Knobloch und Chiara Trautner, Politikstudentinnen an der Zeppelin Universität Friedrichshafen.

Man muss nicht zu den Greenpeace-Aktionen der 1980er-Jahre zurückgehen, um Beispiele für organisier-



Laura Knobloch (links außen) und Chiara Trautner (rechts außen) diskutierten mit Gerd Leipold, Judith Froese, Benjamin Strasser und Mehmet Daimagüler. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

ten Protest zu finden. Zwei sehr unterschiedliche Gruppen haben in jüngerer Zeit ihren Unmut auf die Straßen getragen. Zum einen Bauern, die mit der bürokratischen Belastung und der Kürzung von Subventionen unzufrieden waren. Zum anderen zum meist junge Menschen, die die Regierung zu mehr Klimaschutz bewegen wollen.

Welche Gruppe hatte mehr Zuspruch in der Bevölkerung, welche war erfolgreicher? Schon auf dem Podium herrschte keine Einigkeit. Wie viel Störung die übrige Bevölkerung bei Protesten hinnehmen müsse, da gebe es Dissens, erläuterte die Juristin Froese. Sowohl Bauern als auch Klimaschützer hätten Straßen blockiert. Die Landwirte hätten die Blockaden aber angemeldet, das habe den Behörden die Möglichkeit gegeben, den Verkehr umzuleiten und Rettungswege freizuhalten. Bei den Klimaschützern der „Letzten Generation“

sei das anders gewesen, das erkläre womöglich die größere Sympathie für die Landwirte.

Widerspruch von Leipold und Daimagüler. „Ich habe die Bauernproteste als aggressiver empfunden als die ‚Letzte Generation‘“, sagt der Ex-Greenpeace-Mann. Und Anwalt Daimagüler ergänzt mit Blick auf die Landwirte: „Dass die die Straßen blockieren, hat mich nicht genervt.“ Etwas anders schon: „An jedem zweiten Traktor stand rechtsradikaler, rechtspopulistischer, verschwörungstheoretischer Blödsinn, und das wurde von einem bestimmten Verlag noch publizistisch gefördert.“

Für Daimagüler ist nicht egal, wer wofür oder wogegen demonstriert. „Protest muss eingebettet sein in ein größeres Bild.“ Aus seiner Tätigkeit als Antiziganismus-Beauftragter nannte er ein Beispiel: Sinti und Roma hätten lange warten müssen, bis der Völkermord der Nationalsozialisten

an ihnen von der Bundesrepublik Deutschland anerkannt wurde. Erreicht hätten sie es durch Hungerstreiks auf dem Gelände des Konzentrationslagers Dachau. „Legal war es nicht, legitim war es“, sagte Daimagüler. „Das Anliegen bettete sich ein in die Werteordnung der Verfassung.“ Das sei etwas ganz anderes, als wenn nun Rechtsradikale Proteste für Remigration, also für die Ausweisung von möglicherweise Millionen Zuwanderern, organisieren würden.

Für Justiz-Staatssekretär Strasser hat die Sympathie, die Demonstranten entgegengebracht wird, „schon etwas zu tun mit der Art und Weise, wie der Protest zum Ausdruck gebracht wird“. Strasser machte einen Unterschied zwischen den Klimademonstranten bei „Fridays for Future“ und jenen der „Letzten Generation“. „Die friedlichen Proteste von ‚Fridays for Future‘ haben nicht nur Diskussionen in der Politik ausgelöst, sondern auch Gesetzgebung in Gang gesetzt“, sie waren also erfolgreich. Bei den radikaleren Klimaschützern sei das anders gewesen. „Die ‚Letzte Generation‘ haben viele als sehr bevormundend und übergriffig wahrgenommen.“

Leipold, der Greenpeace-Mann, gesteht der ‚Letzten Generation‘ eine „gewisse Verzweiflung“ zu, dafür habe er Verständnis. Aber nicht für jede Protestform. Kunstwerke zu beschädigen, sei abstoßend. Dazu meldete auf dem Podium niemand Widerspruch an.

Anzeige

STENDER

Simplify complexity - empower information

Als Systemhaus für Technische Kommunikation und Software-Entwicklung sind wir seit 85 Jahren erfolgreich am Markt und arbeiten für namhafte nationale und internationale Unternehmen aus dem Bereich der Hochtechnologie. Unsere Kunden schätzen uns als leistungsstarken und innovativen Partner. Was uns ausmacht: unsere 85 qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – mit ihrem gewachsenen Know-how sind sie Experten ihres Fachs.

stender-gmbh.de

Wangen im Allgäu | Koblenz | Jena

Fehlende Investitionen und das liebe Geld

Von Uwe Jauß

Bloß sparen bringt nichts. Da ist sich das Trio, welches sich mit der finanziellen Lage Deutschlands beschäftigt, einig. Für die Chance auf eine rosige Zukunft seien dringend Investitionen nötig.

FRIEDRICHSHAFEN – Für alle, die sich noch an den einstigen Bundesfinanzminister Theo Waigel erinnern: Seine Augenbrauen sind nach wie vor legendär buschig. Während Waigels Amtszeit von 1989 bis 1998 waren sie praktisch tagtäglich in irgendwelchen Medien zu bestaunen. Aber abgesehen von der Haarpracht über den Lidern ist auch die Wortgewalt und haushälterische Fachkenntnis des inzwischen 85-jährigen CSU-Politikers geblieben. Er stellt sie während der Diskussionsrunde zum Thema „Spart sich Deutschland kaputt?“ auch sofort mit einem Hinweis unter Beweis, der oft bei den finanziellen Debatten hierzulande fehlt.

Waigel führt den Begriff implizite Staatsverschuldung ein. Anders als die Zahlen über den reinen Staatshaushalt umfasst er darüber hinaus alles, was auf das Land noch zukommt. Dazu gehören etwa künftige Pensionslasten oder auch Verpflichtungen der gesetzlichen Rentenversicherung. „Sieht man sich diese implizite Staatsverschuldung an, sind es nicht 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts“, unterstreicht Waigel. Es seien dann rund 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.



Theo Waigel (Mitte links), Giulia Mennillo und Christian Böllhoff (rechts) debattieren über die deutsche Schuldenbremse und Investitionen. Moderator ist Markus Will (links).

Insidern sind solche Zahlen natürlich bekannt - der breiten Bevölkerung wohl eher nicht. Um die Dimension deutlich zu machen, verweist Waigel auf Länder, die in der EU gerne als Schuldnermacher verschrien sind - etwa Italien und Griechenland. Sie stünden bei der impliziten Staatsverschuldung besser da als das vermeintlich haushälterisch zurückhaltende Deutschland. Eine Bemerkung, die sitzt. Waigels Mitdiskutanten nicken dazu ernst. Dies ist zum einen Giulia Mennillo, Leiterin des Arbeitsbereichs Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Nachhaltigkeit an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Als Dritter im Bunde fungiert Christian Böllhoff, Vorstandsvorsitzender der Prognos AG, einem Analyse- und Beratungsunternehmen.

In der Grundanalyse sind sich die Drei einig: Deutschland hat ein finanzielles Problem. Verbunden damit ist die Frage, wie dringend nötige Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung gestemmt werden könnten. Waigel kommt dabei zuerst auf Grundsätzliches: „Nur so viel ausgeben, wie man einnimmt.“ Oder wie er sich dann alternativ ausdrückt: Haushaltspolitik „muss nachhaltig sein“. Worauf von ihm noch an die Konstruktion des EU-Stabilitätspakts erinnert wird, einer Maßnahme, an der er beteiligt war. Dieser Pakt sei vor dem Hintergrund gemacht worden, dass zwar eine Regierung ihre haushälterischen Grenzen einhält, aber die nächste womöglich das Geld zum Fenster rauswirft.

Letztlich ist dies auch der Hintergrund der inzwischen umstrittenen Schuldengrenze. Wobei sich alle drei Diskutanten für eine Reform dieses Instruments aussprechen. „Ich hätte sie flexibel gestaltet“, meint Waigel. Er spricht in diesem Zusammenhang von Staatsausgaben, die praktisch konsumorientiert sind, also zum Beispiel Gelder des Sozialbereichs. Diesen Ausgaben stellt er Mittel für Investitionen gegenüber. Sie seien anders zu behandeln. Eine Steigerung der Ausgaben müsse möglich sein. Der frühere Bundesfinanzminister betont jedoch: „Bevor man an Steuererhöhungen und Verschuldung denkt, muss man erst einmal an Einsparungen denken.“ Gemeint sind damit in seiner Logik Einsparungen im sogenannten konsumorientierten Bereich.

Mennillo von der Akademie für Politische Bildung fügt an, dass man in Deutschland leider angesichts nötiger Investitionen die globale Niedrigzinsphase nicht fürs Geldaufnehmen genutzt habe: „Es wurden keine Prioritäten gesetzt.“ Die guten Zeiten seien ungenutzt geblieben. Letztlich meint sie, dass dies Deutschland nun auf die Füße falle. Ähnlich wie Waigel fordert Mennillo eine „ehrliche Debatte über konsumptive Ausgaben und Investitionen“. Vor allem auch, „weil wir eine hohe Staatsquote haben“. Deutschland sei zu sehr in einem „Transfer-Denken“ verhaftet.

Einsparungsmöglichkeiten für die Öffentliche Hand sieht Mennillo unter anderem, wenn die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben werde. Waigel assistiert bei diesem Hinweis: „Es gibt Tausende von Vorschriften, die niemand befreit.“ Wobei Reformen der Bürokratie für Waigel wie für Mennillo nur ein Werkzeug von vielen ist, zu welchen Deutschland auf dem Weg in die Zukunft greifen sollte. Mennillo verweist deshalb auch darauf, dass sich das Land auch nach wie vor auf den internationalen Finanzmärkten relativ günstig verschulden könne. Die Rede kommt auch auf die Rente. Warum kein späterer Rentenentritt?, fragt die Frau. Dies würde ebenso eine Entlastung bringen.

Waigel meint dazu: „Wir brauchen eine Freundschaft zwischen den Generationen.“ Die jungen Leute dürften durch steigende Rentenbeiträge nicht überlastet werden. Für ihn bleibt in dieser Frage neben einer qualifizierten Zuwanderung nur „die Erhöhung der Lebensarbeitszeit“. Es sei sinnvoller, „den Menschen jetzt Opfer aufzuerlegen, damit man später wieder besser leben kann“.

Indes fordert Böllhoff vehement: „Wir müssen jetzt investieren. Wenn wir noch lange diskutieren, haben wir in zehn Jahren noch immer nicht investiert.“ Sein Vorschlag: bei konsumptiven Ausgaben generell zehn Prozent einsparen. Also die Rasenmäher-Methode. Er will „mehr Mut“ von den politischen Verantwortlichen. Letztlich müssten eben auch „Schulden gemacht werden, um zu investieren“. Wie Mennillo bedauert Böllhoff, dass die Zeit günstiger Kreditmöglichkeiten nicht genutzt worden sei: „Wir haben uns kaputt gespart.“ Im Folgenden bringt er noch an, es würde „zu wenig über Spielräume für private Investitionen geredet“. Man spräche in diesem Kontext auch „zu wenig über Steuersenkungen“.

Böllhoff berichtet davon, dass es zwar in den vergangenen Jahren Entlastungen für den Steuerzahler gegeben habe. Durch die gestiegene Inflation seien die Steuern aber in Wirklichkeit gestiegen. Auch dies sei ein Grund, weshalb es speziell aus dem privaten Bereich an Investitionen fehle. Bei der ganzen Debatte geht es ihm auch um das Bild der Politik. Dies hänge mit der Frage zusammen, wie nötige Investitionen der Öffentlichkeit vermittelt würden. Die Vorhaben müssten für den Wähler ein „attraktives Bild“ abgeben. Wer aber entsprechende Reformen anstoßen könnte, ist auch für Böllhoff unklar: „Ich sehe wenig politische Player, die den Mut dafür haben könnten.“

Anzeige



Besuchen Sie uns in Carthago City

- Große Verkaufsausstellung Carthago, Malibu Van und Reisemobile
- Test&Rent Vermietstation
- Werksbesichtigungen

Faszination Carthago

Internationale Spitzenklasse aus der Wirtschaftsregion Oberschwaben: Die Carthago Gruppe in Aulendorf ist Europas Nummer eins für Premium-Reisemobile.

Bodenständig und gleichzeitig weltoffen, das ist Carthago Kultur. Mit dem Firmenhauptsitz Carthago City in Aulendorf sind wir unseren Wurzeln treu geblieben. Neben der Fertigung unserer Premiumklasse-Reisemobile sind hier eine große Verkaufsausstellung, ein Servicecenter sowie die Unternehmenszentrale konzentriert.

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen und nehmen Sie an einer der täglichen Werksbesichtigungen teil. Anmeldung unter www.carthago.com



carthago
Das Reisemobil.

Carthago Reisemobilbau GmbH • Carthago Ring 1 • 88326 Aulendorf
info@carthago.com • www.carthago.com

Europa und der digitale Euro

Von Niklas Martin

Die Entwicklung des digitalen Euro schreitet voran. Will die EZB damit erfolgreich sein, ist eine Sache unablässig: das Vertrauen der Bürger. Und das muss sie erst mal gewinnen.

FRIEDRICHSHAFEN – Was bringt dem Normalbürger der digitale Euro? Was passiert mit seinem Geld? Welche Chancen, welche Risiken gibt es? Und warum braucht es ihn überhaupt? Darüber diskutierten unter der Leitung von Giulia Mennillo Patricia Staab, Präsidentin der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg, Gregor Roth, Managing Director bei der DZ Bank und Markus Will, Berater, Publizist und Dozent an der Universität St. Gallen auf dem Bodensee Business Forum.

2028 könnte es so weit sein. Geht es nach Patricia Staab zahlen die Bürger im Euroraum dann per Mausclick mit einem ins digitale Zeitalter überführten Euro. Zumindest, wenn sie das wollen. Denn, das betont die oberste Währungshüterin Baden-Württembergs schnell, „die Nutzung des digitalen Euro ist freiwillig und ein zusätzliches Angebot zum physischen Euro. Das Bargeld bleibt erhalten.“ Staab weiß um die Sorgen und Ängste der Bürger mit Blick auf das digitale Vorzeigeprojekt der Europäischen Zentralbank (EZB). Besonders die der Deutschen. In kaum einem anderen europäischen Land werde so viel bar bezahlt wie in Deutsch-



Managing Director bei der DZ Bank Gregor Roth und die Präsidentin der Hauptverwaltung der Bundesbank in Baden-Württemberg Patricia Staab sind sich einig: Der digitale Euro ist die konsequente Antwort Europas auf die Zahlungsdienstleister der großen Techkonzerne Amerikas.

land. Wir geben unser Bestes, um den Ängsten der Bürger beim digitalen Euro zu begegnen. Bei ganz vielen Veranstaltungen werde ich gefragt: „Wird das Bargeld jetzt abgeschafft? Darauf gibt es eine ganz klare Antwort: Nein“, so Staab. Und einen Beweis liefert sie gleich mit: „Aktuell arbeiten wir an der dritten Bargeldserie des Euro.“ Wer möchte, könne sich sogar daran beteiligen und Designvorschläge einreichen.

Wenn das Bargeld noch immer so hoch im Kurs steht und schon bald die dritte Serie der physischen Währung auf den Markt kommt, warum braucht es dann überhaupt eine weitere Eurowährung?

„Wenn die Wirtschaft immer digitaler wird, brauchen wir ein Geldsystem, das diesen Anforderungen gewachsen ist“, sagt Markus Will. „Wir müssen unser Geldsystem dafür fit machen, dass irgendwann der völdigitalisierte

Kühlschrank selber einkaufen kann. Auf Basis des Nutzungsverhaltens seines Besitzers und mit einem Budget von, sagen wir mal, 1000 Euro.“

Unabhängig von solchen Zukunftsvisionen nutze ein Großteil der Bürger hierzulande bereits heute die digitalen Bezahlfunktionen der Big-Tech-Konzerne aus den USA, so Will. „Paypal, Apple Pay, Meta oder Amazonpay sind beim Onlineshopping unsere ständigen Begleiter.“ Das hat Folgen: „Wer auf diese Weise bezahlt, hinterlässt eine Menge digitale Spuren“, so Will. Darüber mache sich aber kaum jemand Gedanken, wenn er online einkaufe. „Wenn nun aber der digitale Euro kommen soll, gibt es den großen Aufschrei. Das verstehe ich nicht.“

Der digitale Euro sei die logische Antwort auf das digitale Zeitalter und die Konkurrenz aus den USA. „Dass man hierzulande den Zentralbanken mehr misstraut als den Herren

Zuckerberg, Bezos oder Musk, deren Geschäftsmodell ja quasi der Handel mit Daten ist, das verstehe ich nur schwer“, so der Wirtschaftsexperte.

„Der digitale Euro ist die starke europäische Lösung und macht uns unabhängiger von den Techkonzernen aus den USA“, sagt auch Gregor Roth, Managing Director bei der DZ Bank. Wer bei Ebay online einkaufe, der erkläre sich mit einem 46-seitigen Schriftstück zum Umgang mit seinen Daten einverstanden. Das würden die meisten Käufer jedoch ohne mit der Wimper zu zucken wegklicken. „Die Realität beim Onlineshopping steht den starken Bedenken beim digitalen Euro tatsächlich entgegen.“

Der Banker hat in Richtung EZB und nationaler Zentralbanken, die den digitalen Euro seit 2021 gemeinsam entwickeln, aber klare Forderungen: „Das Ganze muss handwerklich sauber gemacht werden. Wir müssen die verschiedenen Perspektiven berücksichtigen. Die der Zentralbank, aber auch die der Konsumenten, die von Unternehmen und nicht zuletzt auch die von uns Geschäftsbanken“, so Roth. Unabdingbar sei eine transparente Kommunikation, vor allem beim Umgang mit den Daten der Nutzer. „Nur wenn das Vertrauen in den digitalen Euro da ist, wird das Projekt von Erfolg gekrönt sein“, ist sich Roth sicher. Anders gesagt: der digitale Euro wird zum Lackmuster für EZB, die nationalen Zentralbanken und in letzter Konsequenz wohl auch für die gesamte Währungsunion.

Unternehmen aus der Region ist „Digitaler Champion“ 2024

Von Thomas Hagenbucher

DoubleSlash überzeugt die Jury mit enormer Innovationskraft und konsequenter Kundennähe. Die feierliche Preisverleihung fand nun auf dem Bodensee Business Forum statt.

FRIEDRICHSHAFEN – Die IT-Firma DoubleSlash aus Friedrichshafen ist der „Digitale Champion“ 2024. Das Tech-Unternehmen vom Bodensee hat sich bei dem erstmals von Schwäbisch Media und der Hochschule Ravensburg-Weingarten (RWU) ausgelobten Preis gegen fast zwei Dutzend Mitbewerber durchgesetzt. Das Fazit der Jury zu DoubleSlash: „Exzellenz in drei Dimensionen: Kundennutzen, Effizienz und Unternehmenskultur“.

Den Preis entgegennahm DoubleSlash-Geschäftsführer Konrad Krafft gemeinsam mit seinem Geschäftsführer-Kollegen Andreas Strobel am Dienstag auf dem Bodensee Business Forum (BBF) in Friedrichshafen. Krafft freute sich ausgesprochen über die Auszeichnung und das Lob der Jury, betonte aber zugleich: „Beim Thema Digitalisierung muss immer der Mensch im Mittelpunkt stehen. Technologische Fortschritte müssen stets den Bedürfnissen der Nutzenden dienen.“

Geschäftsführer Krafft ist Mitgründer von DoubleSlash, wo er seit mehr als 25 Jahren gemeinsam mit seinen Kollegen maßgeschneiderte Softwarelösungen entwickelt, die Produkte und Prozesse von Unternehmen „intelligent machen und transformie-

ren“. Ein gutes Beispiel dafür ist ein komplett digitaler Autoschlüssel, den die Friedrichshafener designt haben. Inzwischen beschäftigt das einstige Start-up mehr als 300 Mitarbeiter. DoubleSlash betreibt auch Standorte in München und Stuttgart und erwirtschaftete 2023 einen Umsatz von mehr als 36 Millionen Euro. Zu den Kunden der IT-Schmiede zählen unter anderem die Deutsche Post, die BMW Group, ZF Friedrichshafen, Daimler, Carl Zeiss, Karl Storz und die Deutsche Telekom.

Mit seiner Leidenschaft für Softwarearchitektur und dem Studium der Künstlichen Intelligenz (KI) unterstützt Krafft gemeinsam mit seinem Team Kunden bei der Einführung neuer Technologien. Besonders beschäftigt den Technik-Enthusiasten der Einsatz von KI in der Softwareentwicklung sowie die Entwicklung zukunftsfähiger digitaler Geschäftsmodelle – immer mit dem Ziel, Unternehmen dabei zu helfen, die „Chancen der Digitalisierung optimal zu nutzen“, wie Krafft betont.

Gerade diese Rolle als „Enabler“ – also als ein Akteur, der anderen bei der Umsetzung von Digitalisierung hilft – war ein wichtiger Punkt für die Jury. Diese bildeten die beiden RWU-Professoren Dr. Andreas Pufall und Dr. Stefan Jäckle, die auch Ideengeber für den „Digitalen Champion“ waren und den Preis wissenschaftlich begleitet haben. Beide Forscher haben sich seit Jahren auf das Thema Digitalisierung und digitale Transformation spezialisiert – und in diesem Zusam-

menhang auch ein Instrument entwickelt, um den Digitalisierungsgrad von Unternehmen zu ermitteln.

Die Laudatio übernahm ein bekannter Online-Pionier aus der Region: Jens Freiter, vielen als Mitgründer der Online-Plattform „Holiday-Check“ bekannt, lobte die Preisträger für ihren Mut und ihre enorme technologische Kompetenz – insbesondere für den konsequenten Fokus auf den Kundennutzen. „Digitalisierung ist kein Selbstzweck – sie muss echten Mehrwert schaffen, sonst bleibt sie nur ein teures Experiment und kann im schlimmsten Fall das Unternehmen ruinieren“, betonte Freiter.

Der „Digitale Champion“ 2024 beherzigt dies so konsequent wie nur wenige andere: „DoubleSlash steht von Beginn an für die Einheit von Technologie und Nutzen“, berichtete Geschäftsführer Krafft. „Denn Technologie soll einen Mehrwert schaffen und nicht dem Selbstzweck dienen.“ Kurz vor der Jahrtausendwende, als Google gerade seine Testphase beendet hatte, startete DoubleSlash bereits das erste Digitalisierungsprojekt, erinnert sich der Gründer. „Seitdem folgen wir unserer Vision, mit digitalen Produkten das Leben besser zu machen“, sagte Krafft.

Laudator Freiter, ehemaliger Student aus Konstanz, ist heute als Investor, Mentor und Berater für Digitalisierungsfragen eine feste Größe. Dabei nutzt Freiter sein umfangreiches Wissen, um Startups und auch etablierte Unternehmen im digitalen Wandel zu begleiten. Als



Digitale Champions vom Bodensee: DoubleSlash-Geschäftsführer Konrad Krafft (2. von links) und Andreas Strobel (Mitte) bei der Preisverleihung auf dem Bodensee Business Forum (BBF) in Friedrichshafen. Ebenfalls auf dem Foto: die beiden Jury-Mitglieder Andreas Pufall (links) und Steffen Jäckle (2. von rechts) von der RWU sowie Laudator Jens Freiter (rechts).

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Business Angel unterstützt er zudem junge Unternehmen dabei, ihre Ideen auf den Markt zu bringen und sich nachhaltig zu entwickeln. „Technologie kann vieles automatisieren, aber sie ersetzt nicht den menschlichen Kontakt und das Vertrauen, das Kundenbeziehungen ausmacht“, gab der „Holiday-Check“-Mitgründer zu bedenken. Besonders im Mittelstand bleibe die persönliche Bindung als entscheidender Faktor, den Digitalisierung ergänzen, aber nicht ersetzen könne.

Nach der Preisverleihung diskutierte DoubleSlash-Ge-

schäftsführer Krafft mit den beiden RWU-Professoren, Laudator Freiter sowie Birte Hackenjos, CEO der Freiburger Haufe Group, über das Thema „Zu träge und zu langsam? – Was in Sachen Digitalisierung besser werden muss“. Moderiert wurde das Panel von Thomas Hagenbucher, Ressortleiter Wirtschaft der „Schwäbischen Zeitung“ und von „Schwäbisch.de“.

„Digitalisierung ist Mittel zum Zweck. Wenn man sich das klar macht, liegen Lösungen schnell auf der Hand – und dann fällt auch die Skepsis vor Technologie schnell weg“, versprühte Hackenjos

in der Diskussionsrunde Optimismus – auch wenn sie durchaus noch Luft nach oben sieht. „Manchmal ist es tatsächlich eher eine Kopfsache. Wenn wir die Mentalität hierzulande betrachten, beobachte ich häufig eher eine gewisse Zurückhaltung und Vorsicht gegenüber neuen Technologien. Das sollten wir ein Stück weit überwinden“, fordert die Chefin des Anbieters von Software, Inhalten und Weiterbildung für Unternehmenskunden. Der Wunsch nach digitalen Lösungen in der Wirtschaft sei aber extrem gestiegen, stellte Hackenjos auch fest.

Für RWU-Professor Pufall kann das Thema digitale Transformation gar nicht hoch genug angesiedelt werden in Unternehmen. „Digitalisierung ist Chefsache – und zwar immer!“, betonte der Experte für Prozesse. Sein Kollege Jäckle stellte vor allem die Bedeutung des Kundennutzens für den Erfolg digitaler Lösungen in den Fokus. Eine Alternative zur Digitalisierung gebe es schlicht und einfach nicht – ganz egal, um welche Branche es sich handelt, sind sich beide einig. „Digitalisierung ist absolute Pflicht, nicht Kür – einfach machen!“, so Jäckle.

Nachhaltigkeit für den Unternehmenserfolg

Von Jamie-Lee Merkert

Wie können Unternehmen nachhaltige Strategien erfolgreich umsetzen? Dieser Frage gingen mehrere Experten beim BBF nach. Denn Nachhaltigkeit ist mehr als nur Umweltschutz.

FRIEDRICHSHAFEN – Nachhaltigkeit ist ein viel umfassendes Wort und in den vergangenen Jahrzehnten ist es immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Oft wird Nachhaltigkeit mit Umweltschutz gleichgesetzt, doch das Thema ist besonders für Unternehmen vielschichtiger.

Darüber, wie Nachhaltigkeit in Unternehmen aussieht und erreicht werden kann, diskutierten vier Gäste im Panel „Nachhaltigkeitsstrategien für Business Profis: Eine Masterclass der Zukunft“. Rolf Benzmann, Geschäftsführer von RegioTV, moderierte das Gespräch. Mit dabei waren Isabel Grupp, Geschäftsführerin von Plastro Mayer, Gerald Leopold, ehemaliger Vorsitzender von Greenpeace, Myrna Sandhövel, Head of Center Sustainability der Firma Prognos und Dirk Seeburg, Rechtsanwalt von Bay.

Während Leopold zwar wiederholt auf den Umweltaspekt in Nachhaltigkeitsstrategien hinwies, betonten Grupp und Sandhövel, dass Nachhaltigkeit vor allem in der Unternehmensführung wichtig sei. „Eine gute Strategie ist, wenn die Geschäftsstrategie gleich die Nachhaltigkeitsstrategie ist“, sagte Sandhövel. Denn

Menschen seien „eine Ressource, die wir nicht vergessen dürfen“, ergänzte Grupp. Die Unternehmenskultur müsse sich stetig anpassen, um Mitarbeitenden gerecht zu werden.

Von der Nachhaltigkeitsstrategie eines Unternehmens seien schließlich alle betroffen, erklärte Sandhövel. Wenn sie ein Unternehmen berate, sollte auch die Geschäftsleitung und nicht nur die Nachhaltigkeitsbeauftragten teilnehmen. Es sei wichtig, dass vom gesamten Unternehmen Leute dabei seien, „vom Azubi bis zum HR“.

Unternehmen sollten in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie abwägen, was relevant und umsetzbar ist. Der Moderator sprach sich deshalb für Mut zur Lücke aus. Laut Grupp habe dies aber weniger mit Mut als mit Zwang zu tun: „Wir müssen Dinge erfüllen, die wir nicht erfüllen können.“



Nachhaltigkeits-Strategien für Business Profis auf dem BBF 2024: Eine Masterclass der Zukunft mit Moderator Rolf Benzmann, Isabel Grupp, Gerd Leopold, Myrna Sandhövel und Dirk Seeburg (von links).

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Es sei immer eine Frage der Priorisierung. „Hier haben Praxis und Theorie nicht miteinander gesprochen“, sagt sie. Auch der ehemalige Vorsitzende von Greenpeace erklärt: „Man hat den schwarzen Peter von den großen an die kleinen Unternehmen weitergegeben.“ Je mehr Regulierungen es gebe, desto leichter sei es für die Großen, während die Kleinen abgehängt würden.

„Die Spirale geht ja noch weiter, unabhängig von der Kapazität des Unternehmens. Das ist ja auch mit Subventionen behaftet“, erklärte Grupp. Wer sich starke Nachhaltigkeitsstrategien leisten könne, komme in „den Genuss von Subventionen.“ Doch dieser Bürokratiebuschel stranguliere den Mittelstand.

Unternehmen müssen deshalb Wege finden, ihre Nachhaltigkeitsanforderungen auch durch externe Unterstüt-

zung zu erfüllen. Sie könnten spezialisierte Berater oder Dienstleister hinzuziehen, die bei der Erstellung der erforderlichen Berichte, wie der CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive), und der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien helfen.

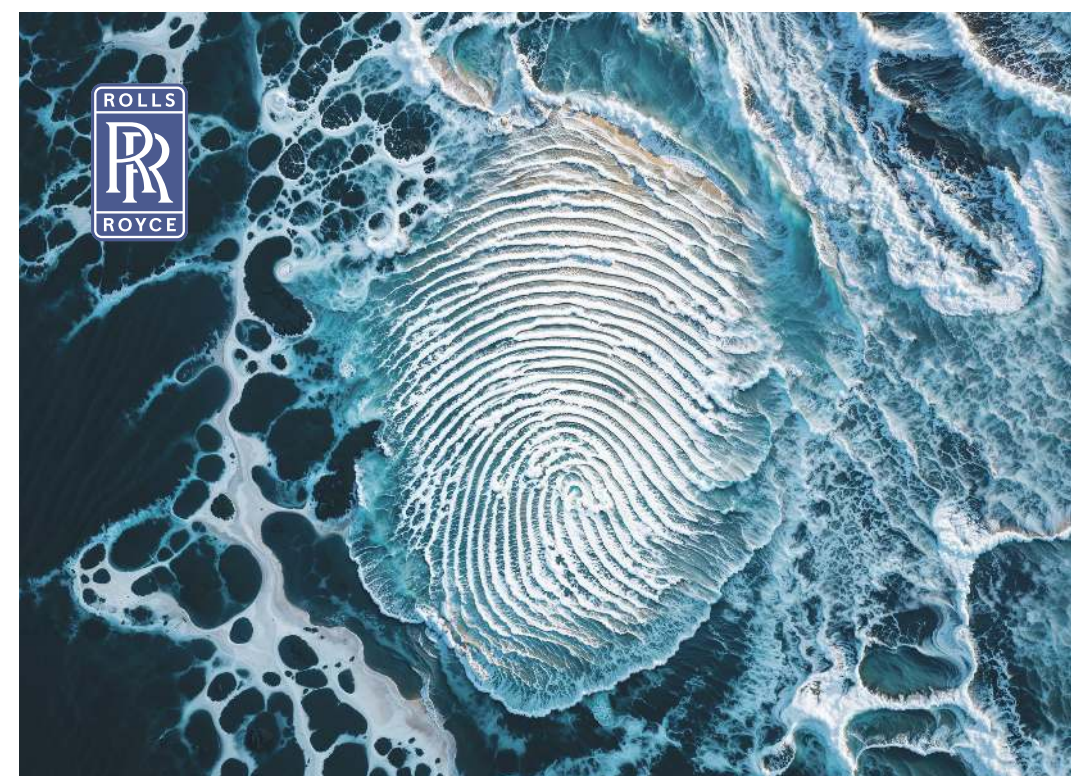
Die CSRD ist eine Richtlinie der EU, die große Unternehmen und einige KMUs verpflichtet, regelmäßig über ihre Nachhaltigkeitspraktiken zu berichten. Sie deckt Umwelt-, Sozial- und Führungs-Themen ab. Ziel ist Transparenz und Vergleichbarkeit der Berichterstattung für Investoren und Interessengruppen. Die Berichte müssen nach festgelegten Standards erstellt und von einer unabhängigen Stelle geprüft werden. Investoren und Interessengruppen sollen besser informiert und nachhaltige Entscheidungen unterstützt werden.

Dazu fragte Benzmann, ob Deutschland möglicherweise im Vergleich zu anderen Ländern zu selbstgefällig sei. Leopold stimmte dem zu: Die Deutschen denken meist, sie seien anderen voraus, obwohl das nicht stimme.

Dennoch habe die Europäische Union laut Seeburg auch eine Vorreiterrolle. Durch die mediale Berichterstattung liege der Fokus auf nachhaltigen Finanzströmen, „das heißt, die Unternehmen müssen sich entsprechend ausrichten.“

Trotz all der Herausforderungen für mittelständische Unternehmen betonte Grupp abschließend: „Die Zukunft braucht Zuversicht.“

Anzeige



UNSERE LÖSUNGEN – SO INDIVIDUELL
WIE IHR FINGERABDRUCK

Unsere modernen **mtu**-Motoren spielen eine zentrale Rolle bei der erfolgreichen Gestaltung der Energiewende und bei der Sicherung der Energieversorgung in aller Welt. Sie bieten zuverlässige und effiziente Antriebskraft – in den unterschiedlichsten Industrien und Anwendungen, zu Wasser und zu Land. Bereits heute können unsere Motoren mit nachhaltigen Kraftstoffen betrieben werden und vermeiden damit bilanziell bis zu 90 Prozent an CO₂-Emissionen. Zudem elektrifizieren wir unsere Aggregate als Hybridsysteme, bieten batterieelektrische Lösungen sowie Microgrids an, die erneuerbare Energiequellen, Batteriespeicher sowie die Stromerzeugung und Verbrennungsmotoren kombinieren. So unterstützen wir unsere Kunden bei der Erreichung ihrer Wachstums- und Nachhaltigkeitsziele.

www.mtu-solutions.com
www.rolls-royce.com



China als Katalysator für E-Mobilität

Von Frederic Schenkel

Warum steckt die E-Mobilität in Deutschland in der Krise? Und sind die Chinesen daran schuld? Die Expertenrunde beim BBF diskutiert mögliche Auswege - und lehnt Strafzölle klar ab.

FRIEDRICHSHAFEN – Die Europäische Union (EU) möchte Strafzölle auf Elektroautos aus China verhängen. Anfang November könnte der neue Beschluss greifen. Trotz der Ablehnung aus Deutschland haben die EU-Länder den Weg frei gemacht für zusätzliche Zölle, um den Einfluss Chinas auf dem Weltmarkt zu bremsen.

In der Diskussionsrunde des Bodensee Business Forums (BBF) sorgte diese Entscheidung für Kritik. Vieles sieht die Expertenrunde die Chance im Wettbewerb.

„Strafzölle sind das falscheste, was man machen kann“, erklärte Harry Rogasch, Senior Director Public Affairs bei NIO. Der Autohersteller mit Sitz in Shanghai hat sich auf die Fertigung von E-Autos spezialisiert. „Wir müssen eine Win-Win-Situation anstreben und uns dem Wettbewerb stellen.“ In Brüssel hatte Deutschland als bevölkerungsreichstes EU-Land zwar gegen die Strafzölle gestimmt – um diese zu verhindern zu können, hätte es aber einer Mehrheit der 27 EU-Staaten gegen das Vorhaben bedurft. Die anvisierten Zölle reichen von 7,8 Prozent für in China gebaute Autos von Tesla bis hin zu 35,3 Prozent für die vom chinesischen Autokonzern SAIC und anderen Herstellern.



Was ist der Grund für die schwächelnde E-Mobilität in Deutschland? Darüber diskutierte beim BBF (von links) Moderator Bernhard Weber mit Rolf Kniprath (EnBW), Harry Rogasch (NIO), Heike Proff (Universität Essen-Duisburg) und Otmar Scharrer (ZF).

Erst kürzlich hatte der frühere Chef der Europäischen Zentralbank und Ex-Regierungschef Italiens, Mario Draghi, ein Strategiepapier zur EU-Wettbewerbsfähigkeit veröffentlicht. Europa stecke in einer statischen Industriestruktur fest, so die Ansicht Draghis. Seine Schlussfolgerung: Zölle könnten in Fällen von „unfairer Wettbewerb aus dem Ausland“ in einigen Bereichen „gerechtfertigt“ sein. Heike Proff, Professorin für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen, kritisierte: „Mario Draghi sagt das mit

Blick auf die abgehängte italienische Autoindustrie. Aber die deutsche Autoindustrie ist nicht abgehängt. Die Zölle trägt nun der Konsument. Das ist keine Lösung.“ Deutschland müsse „die Transformation in Angriff nehmen, statt sich hinter den Zöllen zu verstecken“, so die Professorin.

Zustimmung bekam sie von Otmar Scharrer, der bei ZF Friedrichshafen die Entwicklung der Elektroantriebe verantwortet. China dürfe nicht als Bedrohung wahrgenommen werden. „Die Chinesen sind uns eine Generation von E-Mobilen voraus. Der Wett-

bewerb mit ihnen kann Deutschland beflügeln, kann ein Katalysator sein“, sagte Scharrer. Als Problem in Europa machte er die zahlreichen Regelungen aus, die so in China nicht vorhanden seien. „China ist da mutiger und einfach schneller“, so Scharrer. Rogasch spielte auf die höhere Anzahl der Arbeitsstunden in China an: „Wir werden über unsere Gewohnheiten reden und diese aufgeben müssen, wenn wir in den Wettbewerb einsteigen wollen.“

Dem stehen zudem politische Hürden im Weg. „Wir könnten doppelt und dreifach

so viele Ladestationen anbieten wie aktuell. Aber die Genehmigungsverfahren in Deutschland dauern lange und sind föderal verschieden“, berichtete Rogasch. Eine Baugenehmigung für eine Batterieladestation könne beispielsweise zwei Jahre dauern. Dabei gehe der Kundenfokus immer mehr verloren, erklärte Rolf Kniprath, Leiter für Planung und Technologie bei der EnBW Mobility, dem Marktführer für Schnellladeinfrastruktur in Deutschland. „Wir müssen mehr Menschen von E-Mobilen überzeugen.“ Die Popula-

rität von E-Autos nehme in Deutschland derzeit ab – und das, obwohl Kunden „paradiesische Verhältnisse bei der E-Mobil-Infrastruktur“ vorfinden würden. Das Angebot an Schnellladesäulen sei im Verhältnis zu den E-Fahrzeugen sehr hoch – Fahrerinnen und Fahrer von E-Autos würden Unmengen von Schnellladesäulen zur Verfügung stehen, so Kniprath.

Scharrer widersprach: Wenn man von der Autobahn wegfahre, könne es passieren, dass auf dem Land kilometerlang keine Ladestationen zu finden seien. „Da bringt die Statistik dann auch nichts. Leute außerhalb urbaner Gebiete haben da Angst“, sagte Scharrer. Proff ergänzte: „Das funktioniert an vielen Stellen noch nicht. Viele E-Auto-Fahrer sagen, dass ihr nächstes Auto wieder ein Verbrenner wird.“

Auch aus dem Publikum kam Kritik an der derzeitigen Situation für E-Auto-Fahrer in Deutschland: An öffentlichen Ladepunkten dürfe nur vier Stunden geladen werden, was ihrem Auto nicht ausreiche, bemängelte eine Zuschauerin. Ein anderer Zuschauer kritisierte, dass E-Autos aufgrund der wieder gesunkenen Sprit-Preisen für Verbrenner wieder teurer zu halten seien. „Unser Anspruch ist, dass die Betriebskosten für E-Fahrzeuge unter dem Verbrenner liegen. Aber wir können nicht auf Kurzfristiges reagieren, sondern versuchen den Ladepreis konstant zu halten“, antwortete Kniprath. Der EnBW-Planungsleiter hofft künftig auf das Schnellladen im öffentlichen Raum – insbesondere für Menschen, die in gro-

ßen Städten zur Miete wohnen und keine eigene Ladestation haben, sei das elementar. Derzeitiges Problem seien fehlende Flächen, schilderte Kniprath: „Große Einzelhändler bieten uns zwar Flächen für Lade-Infrastruktur an. Aber die Kommunen müssen da nachziehen, auch wenn es für die Stadt wirtschaftlich nicht lukrativ sein mag.“

Die Diskussion beim BBF moderierte Bernhard Weber, Mitglied im Vorstand des China Netzwerks Baden-Württemberg. Wie lang es denn noch dauern würde, bis erste chinesische Autofabriken in Deutschland ansässig werden würden, fragte Weber in die Runde. BYD gehe ja nun in die Türkei. „Wenn wir attraktive Standortbedingungen haben“, antwortete Harry Rogasch. Insgesamt, so der Senior Director von NIO, könne der Wettbewerb mit China auch als Chance für Europa wahrgenommen werden, an dessen Ende beide Seiten profitieren könnten.

Weniger optimistisch positionierte sich Heike Proff; sie empfinde China mehr als Bedrohung. „Die Chinesen sind nicht dafür bekannt, dass sie gerne kooperieren. In unserem aktuellen Tempo ist überhaupt nichts gut.“ Kundeninteresse, Infrastruktur und politische Rahmenbedingungen müssten mehr zusammenspielen, so Proff. Von „Chance und Herausforderung“ sprach abschließend Otmar Scharrer. „Wir haben gute Ingenieure und Technologien in Deutschland. Wir müssen mehr auf den Kunden zugehen. Das Rennen ist noch nicht entschieden. Es ist unser Markt.“

Anzeige

Unsere Energie verändert alles. Deine auch?

Die EnBW ist treibende Kraft für eines der spannendsten Themen unsere Zeit: die Energiewende. Doch dafür brauchen wir Menschen, die diesen Wandel voller Leidenschaft und Überzeugung vorantreiben. Dafür brauchen wir: dich! Mach deine Jobwende und verändere die Energiewelt. Bewirb dich jetzt unter: enbw.com/karriere

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt dramatisch

Von Stefanie Czuday

Der Fachkräftemangel droht weiter zu steigen. Um wieder attraktiv zu werden, müssen sich die Unternehmen ändern. Die Vertreter haben unterschiedliche Ideen.

FRIEDRICHSHAFEN – Altenheime ohne Pfleger, Werkstätten ohne Elektriker: Knapp 600.000 unbesetzte Stellen hatte Deutschland im Jahr 2023 zu verzeichnen. Damit fehlen dem Land nicht nur dringend benötigte Arbeitskräfte, es geht auch viel Geld verloren. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) erbrachte im Mai dieses Jahres alarmierende Zahlen. Demnach hat der Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft allein in diesem Jahr rund 49 Milliarden Euro gekostet. Und das, obwohl im Jahr zuvor 45,9 Millionen Menschen in Deutschland einer Arbeit nachgegangen sind – so viele wie noch nie.

Diese Verluste werden nach Einschätzung der Experten in naher Zukunft weiter steigen, da die Generation der Babyboomer inzwischen kurz vor dem Ruhestand steht. Damit einhergehend steigen bis 2027 auch die durch den Fachkräftemangel ausgelösten Verluste – und zwar von 49 auf 74 Milliarden Euro.

Ein Problem, von dem auch viele Betriebe in der Region betroffen sind. Beim diesjährigen Bodensee-Business-Forum in Friedrichshafen erörterten Vertreter verschiedener Unternehmen, wie sie für

Arbeitnehmer wieder an Attraktivität gewinnen und somit dem Fachkräftemangel entgegensteuern können.

Die Lage ist dramatisch, darin sind sich die Experten einig. „Wir haben nicht nur einen Fachkräftemangel, wir haben schlichtweg eine Verknappung an arbeitsfähigen Menschen“, betont Silke Masurat, Geschäftsführerin des Zentrums für Arbeitgeberattraktivität. Mittelständische Unternehmen in abgelegenen Regionen tätigen sich besonders schwer, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Das liege auch daran, dass viele nicht wüssten, wie das Thema anzugehen sei. Ausschließlich auf teure Benefits für Mitarbeiter zu setzen, hält sie für den falschen Ansatz. „Es ist die Perspektive, die ich in einem Unternehmen habe. Es sind Diversität, Nachhaltigkeit und Resilienz, die ein Unternehmen attraktiv machen“, betont Masurat und fügt hinzu: „Gute Leute wollen gefordert werden, die wollen Leistung bringen und der Mittelstand hat die besten Karten, sich genau darauf zu fokussieren.“

Grund zur Entspannung sieht auch Peter Sölkner, Geschäftsführer der Vetter Pharma-Fertigung, nicht. Die Zeiten hätten sich schlichtweg geändert. „Wir als Arbeitgeber müssen anders wirken und brauchen neue Konzepte“, ist er sich sicher. Dazu zähle beispielsweise, Quereinsteiger eine Umschulung zu ermöglichen. Zudem müsse die Kommunikation gegenüber den Mitarbeitern offener und transparenter werden.

Mit Geschichten von Betroffenen wolle er seinen Mitarbeitern regelmäßig vor Augen führen, was sie mit der Herstellung lebenswichtiger Medikamente bewirken, um die Motivation aufrechtzuerhalten.

Detlef Gagg, Leiter HR bei Rolls-Royce Power Systems, stimmt mit diesen Punkten überein, sieht aber auch in der Zuwanderung eine Chance: „Probleme in Deutschland scheinen vor allem die illegale Zuwanderung und der Arbeitskräftemangel zu sein. Das müsste man an sich miteinander verheiraten können, meine ich.“ Ziel müsse es sein, die Menschen mit weniger Bürokratisierung schneller in „einfachere Tätigkeiten“ hineinzubringen.

Probleme beim Anwerben von Mitarbeitern hat Josephine Winkens, Head of Workplace Innovation bei der Konrad Knoblauch GmbH, nicht.

Die Ausbildungsplätze für 2025 sind bereits vergeben, weitere Bewerber stehen auf der Warteliste. Den enormen Zulauf sieht Winkens vor allem im Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begründet. „Wir haben eine sehr starke Identifikation, die wir in den Unternehmen leben, die uns alle verbindet“, sagt sie. Selbstwirksamkeit und Individualität seien dabei wichtige Themen. „Wir haben viele in unserem Unternehmen, die das Gefühl haben, dass sie wirklich mitwirken und etwas verändern können“, erklärt Winkens. Es sei wichtig, dass auch auf die individuellen Herausforderungen der Mitarbeiter Rücksicht genommen und im Team Lösungen gefunden werden. „Es geht nicht darum, dass ich als Arbeitnehmer alles bekomme, sondern darum, dass es ein Miteinander gibt“, sagt Winkens.



Beim Bodensee Business Forum spricht Andreas Müller, Mitglied des Editorial Boards der SV Gruppe (links), mit seinem Gast Detlef Gagg von Rolls-Royce Power Systems über die Herausforderung, gute Mitarbeiter für Unternehmen zu gewinnen.

FOTO: TRAUTMANN

Drei Tage im November

Von Dirk Grupe

Eva Umlauf gehört zu den jüngsten Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Beim BBF erzählt die Jüdin aus ihrer bewegten Geschichte.

FRIEDRICHSHAFEN – Dass Eva Umlauf an diesem Tag auf dem BBF-Podium in Friedrichshafen spricht, ist einem technischen Defekt zu verdanken, der viele Jahre zurückliegt. Damals war sie zwei Jahre alt und sollte zusammen mit ihrer Mutter vom slowakischen Arbeitslager Nováky nach Auschwitz deportiert werden. Um in den Gaskammern des Konzentrationslagers den sicheren Tod zu finden. Was ihr Schicksal im Oktober 1944 jedoch zum Guten wenden sollte, war der Wettlauf mit der Zeit.

Denn die Nationalsozialisten bereiteten sich panisch auf die heranrückende Rote Armee vor. Bis Ende Oktober sollten die Gaskammern noch auf Hochtouren laufen und danach, um die Gräueltaten zu vertuschen, gesprengt werden. In Theresienstadt etwa, wie Umlauf berichtet, kamen noch am 30. Oktober 1200 Menschen aus den Waggons direkt in die Gaskammer. Auch der Zug mit ihr und ihrer Mutter sollte am 30. Oktober in Auschwitz ein treffen. Während der Fahrt blieb er jedoch plötzlich stehen – mit defekter Lok. Die Reparaturarbeiten zogen sich tagelang hin. Statt am 30. Oktober erreichten sie Auschwitz erst am 3. November – da lagen die Gaskammern aber schon in Schutt

und Asche. „Eine kaputte Lok hat uns im Grunde das Leben gerettet.“ In Auschwitz waren sie nun aber trotzdem.

„Diese drei Tage sind Glück, Gottes Hilfe, ich weiß nicht, wie man es noch nennen kann“, sagt die 81-jährige. Oder auch eine Geschichte von Wundern, glücklichen Verkettungen und Zufällen, wie sie in ihrem Buch „Die Nummer auf deinem Unterarm ist blau wie deine Augen“ schreibt, der sie sich erst in höherem Alter annahm. Aufgewachsen hinter dem Eisernen Vorhang in der Tschechoslowakei, kam sie in den 1960er-Jahren nach München. Nach einem Herzinfarkt 2014 und somit die eigene Endlichkeit vor Augen, entschloss sie sich, ihre Geschichte für die Nachwelt aufzuschreiben. Und diese begann in Nováky.

Ein Durchgangs- und Arbeitslager für Juden, in dem ihre Mutter in der Schneiderei arbeitete, sie fertigte Uniformen für Frontsoldaten und Offiziere – und brachte hinter dem Stacheldrahtzaun Eva zur Welt. „Fünf Kinder wurden im Lager geboren, ich war das Erste.“

Die Mutter hat ihr oft von der Geburt erzählt, der 19. Dezember, ein bitterkalter Wintertag. Es gab Hebammen im Lager und eine von ihnen assistierte bei der Niederkunft, die in einer kleinen Kammer stattfand. „Sie brachte heißes Wasser, aber der Raum war unbeheizt, weshalb das Wasser binnen kürzester Zeit mit einer Eisschicht überzogen war.“ Trotz Kälte und Schmerzen

kam nach zweieinhalb Stunden ein gesundes Baby mit roten Bäckchen zur Welt, 3200 Gramm schwer. „Die glückliche Geburt musste meinen Eltern wie ein Wunder erscheinen“, sagt Eva Umlauf. „Meine Mutter sagte mir immer, du warst ein Zeichen des Lebens in einer Zeit der Verfolgung und des Todes.“ Der Tod sollte die Familie aber nicht verschonen.

Die spätere Suche der Mutter nach Überlebenden blieb erfolglos. Deren Mutter, Großmutter und Großvater sowie alle drei Geschwister waren vom Nazi-Regime ermordet worden. Und auch Eva Umlaufs Vater kam am 20. März 1945 im KZ Melk, einer Außenstelle des KZ Mauthausen, ums Leben. Unterdessen war Eva zusammen mit ihrer Mutter in Auschwitz – und schwanger mit einem weiteren Kind. Als die Rote Armee das Lager befreite, stießen die Soldaten auf massenweise Leichen, auf Überlebende, ausgemergelt und halb verhungert, kaum in der Lage zur Nahrungsaufnahme.

Auch Eva litt an Unterernährung, zusätzlich an Tuberkulose und Gelbsucht erkrankt, überlebte sie nur mit viel Glück. Ein Weitertransport war unter diesen Umständen unmöglich. Also blieben sie einstweilen am Ort des Schreckens, wo Evas Schwester Nora zur Welt kam. In deren Pass bei Geburtsort steht: Auschwitz.

Erneute Schicksalsschläge, wie der frühe Tod ihres ersten Mannes, sollten ihr Leben begleiten, sie aber nicht brechen. Eva Umlauf wurde eine



Eva Umlauf beim BBF. Als Zweijährige überlebte sie das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

FOTO: STEFAN TRAUTMANN

erfolgreiche Kinderärztin und arbeitet noch heute als Therapeutin, sie ist Mutter von drei Söhnen. Und für immer, wortwörtlich, von der Vergangenheit gezeichnet.

So schildert sie in ihrem Buch eindrucksvoll, wie ihre Mutter oft von der Ankunft in Auschwitz-Birkenau erzählte. „Wir durchliefen die übliche und oft beschriebene Prozedur. Ewiges Warten in eisiger Kälte. Ablegen unserer Kleider. Abgabe von jeglichem eigenen Besitz. Kontrolle sämtlicher Körperöffnungen. Rasur aller Körperbehaarung. Desinfektion.“ Und Registrierung – also Tätowierung. „Wir standen in einer langen Reihe vor dem Mann, der uns die Nummer

auf den Arm tätowierte. Und ich hielt dich fest auf dem einen Arm. Auf dem anderen tätowierte er mir die Nummer A 26958... Diese eine kleine Szene, die so wichtig ist. Weil uns hier der Stempel aufgedrückt wurde. Das Zeichen in die Haut graviert wurde, das wir niemals würden ablegen können. Dann nahm er deinen kleinen Arm. Du wusstest nicht so recht, was dir geschah. Der Mann, ein Mithäftling, hielt dich fest und suchte nach einer passenden Stelle auf dem Unterarm. Dann stach er zu ... Du schriest kurz auf und dann hörtest du auf zu atmen. Dein Gesicht lief blau an und auf einmal sacktest du ohnmächtig zusammen.“

Nach einem Klopfen auf Schultern und Rücken kommt das Kind wieder zu sich. „Als ich wieder regelmäßig atmete und in normale Gesichtsfarbe zurückgekehrt war, brannte auf meinem Unterarm die Nummer A26959“, so Eva Umlauf. „Über die Bedeutung der Auschwitznummer, ihre Funktion als vollkommene Entmenschlichung, haben Überlebende und ihre Nachkommen viel philosophiert und ganz unterschiedliche Entscheidungen für sich getroffen. Manche haben sie wegoperieren lassen.“ Eva Umlauf tat dies nicht, aus gutem Grund. „Ich erinnere meinen Körper nur mit dieser Nummer. Und sie gehört

zu mir wie jedes Muttermal, jede Falte, jede Narbe. Sie verbindet mich mit meinen Schicksalsgenossen.“ Und nicht zuletzt mit ihrem eigenen Fleisch und Blut. „Mehr noch als die Nummer selbst, ist für mich die Ziffernfolge bedeutsam. Und ich bin froh, dass sie bis heute lesbar ist. Sinnbildlicher kann nicht ausgedrückt sein, dass meine Mutter und ich zusammengehören. Meine Neun folgt auf ihre Acht. Ich erkenne einen Auftrag darin, den Auftrag, Zeugnis abzulegen über unsere gemeinsame Geschichte. Sie ist mein ganz persönliches Mahnmal.“ Und damit auch eine Mahnung an die Nachwelt – an das, was nie wieder geschehen darf.

Auf der Suche nach dem Publikum von morgen

Von Antje Merke

Beim Bodensee Business Forum ging es diesmal auch um kulturelle Themen. Vier Expertinnen und Experten aus der Kulturbranche diskutierten mit Moderator Stefan Malzew die Frage: Wer füllt in Zukunft die Konzert- und Kinosäle?

FRIEDRICHSHAFEN – Die Entwicklung ist beängstigend, die Stimmung entsprechend angespannt. Die Vielzahl an grauen Köpfen bei Musikveranstaltungen und Filmvorführungen bereitet Sorgen um den Fortbestand von Konzerthäusern, Orchestern und Kinos. Denn es kommt kaum junges Publikum nach. Auf die Frage, ob das am Angebot im Internet liegt, wo Musik und Filme jederzeit gestreamt werden können, stimmten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Runde einhellig zu. Aber aus ihrer Sicht gibt es noch viele weitere Gründe, warum die Konzert- und Kinosäle nicht mehr voll werden.

Ernst Hutter, Posaunist, Komponist und Leiter der international erfolgreichen Egerländer Musikanten, erklärte, wo wichtig es sei, „Erlebnisse zu schaffen“ – und zwar für ein breites Publikum. Thomas Schmidt-Ott, Direktor des Deutschen Symphonie-Orchesters Berlin, stimmte ihm zu: „Die Solisten, Orchester, Dirigenten planen ihr Programm am Publikum vorbei.“ In den meisten Fällen sei es viel zu hochschwellig.



Wer füllt in Zukunft die Konzert- und Kinosäle? Die Diskussion mit Sarah Baltes (2. von links), Miriam Reimers, Thomas Schmidt-Ott und Ernst Hutter wurde von Stefan Malzew (ganz links) von Schwäbisch Media moderiert.

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Um neue Publikumschichten zu generieren, wies die Friedrichshafener Kulturbüroleiterin Sarah Baltes auf die Rolle der Vermittlungsarbeit hin. „Deswegen bieten wir in Friedrichshafen immer auch ein Kinder- und Jugendprogramm an“, erklärte sie.

Das Filmfestival Berlinale geht da ähnliche Wege. „Wir zeigen die Filme mit Untertiteln und für Kinder, die noch nicht lesen können, werden die Texte in verschiedenen Sprachen gesprochen“, sagte Miriam Reimers aus dem Management-Team der Berlinale. Das reiche von Deutsch über Ukrainisch bis zu Arabisch. Auch in den sozialen Medien sei die Berlinale präsent und arbeite da et-

wa mit Influencern zusammen.

Ein weiterer Grund, warum viele Jungen kein Interesse an klassischen Konzerten haben, liegt aus der Sicht von Thomas Schmidt-Ott maßgeblich an der Bildungspolitik. „Überall in den Schulen wird der Musikunterricht gestrichen, anstatt sich dafür stark zu machen“, sagte er beim BBF. Und den Musikschulen würden wegen Sparmaßnahmen die Zuschüsse gekürzt. „Fußball ohne Jugend ist nicht möglich, das gilt auch für die Kultur“, so Ernst Hutter.

Ein großes Problem sei die Besetzung der Führungspositionen. Vor allem Schmidt-Ott fand da klare Worte: „Viele Kulturmanager sind eigent-

lich Künstler und haben von Management, Marketing oder operativen Prozessen nur wenig Ahnung. Ihnen ist gar nicht klar, wie sie neue Zielgruppen erschließen können.“ Miriam Reimers sah das genauso: „Wir brauchen mehr Businesskompetenzen in der Kultur.“

Ernst Hutter schlug in der Diskussion vor, immer wieder mal aus den klassischen Häusern herauszugehen. „Wir müssen näher an die Menschen ran, in der Pandemie hat das doch auch funktioniert.“ Damit meint er zum Beispiel Live-Konzerte auf der Straße.

Sarah Baltes wies in der Runde auch auf die Rolle der Wirtschaft hin. „Ohne Subventionen, ohne Zuschüsse

wie etwa aus der Zeppelin Stiftung wäre in Friedrichshafen unser großes Angebot gar nicht möglich.“ In der Wirtschaft Partner zu finden, befürwortete auch Thomas Schmidt-Ott. „Kultur ist darüber hinaus ja ebenso ein Wirtschaftsfaktor in vielen Städten, was oft gar nicht wahrgenommen wird“, meinte er. Die Menschen kommen beispielsweise wegen Konzerten oder wegen der Berlinale nach Berlin, geben dann Geld für Übernachtung und Essen im Restaurant aus.

Einig waren sich die Expertinnen und Experten in Friedrichshafen, dass es einen Wandel geben muss, damit die Konzert- und Kinosäle wieder voll werden. Schmidt-Ott forderte deshalb einen aktiven Dialog zwischen den Verantwortlichen aus der Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftspolitik, um gemeinsam Lösungen zu finden. Ernst Hutter war da mit ihm einer Meinung: „Es gehören alle an einen Tisch.“ Während Miriam Reimers darauf hinwies: „Wir müssen uns auch über die Genres hinweg vernetzen.“

Der Leiter des Berliner Symphonie-Orchesters fand am Ende der Diskussion ein treffendes Bild für die derzeitige Situation der Konzert- und Kinobranche. Das sei wie 1956 beim Spiel Chelsea gegen Charlton Athletic, das wegen dichten Nebels abgebrochen werden musste. Sam Bartram, Torwart von Charlton Athletic, merkte das aber ganze fünfzehn Minuten lang überhaupt nicht.

ANZEIGEN

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING
WWW.APB-TUTZING.DE

Lust auf Tiefgang? Bildung am Starnberger See

Wir kratzen nicht an der Oberfläche, sondern tauchen tief ein – ins blaue Wasser des Starnberger Sees und in aktuelle politische und gesellschaftliche Themen. Besuchen Sie uns in Tutzing, stellen Sie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis Ihre Fragen, und genießen Sie Pausen am hauseigenen Badesteg der Akademie.

Digitale Angebote der Akademie:
Kostenlose Online-Veranstaltungen,
Podcast „Akademie fürs Ohr“,
Digitalausgabe des Magazins
Akademie-Report.



EINE BERATUNG IST NUR DANN WIRKLICH GUT, WENN SIE EINE PRAKTIKABLE LÖSUNG AUFEZIGT.

BAY
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Die BAY GmbH ist eine Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwaltskanzlei, hinter der die Idee steht, durch flache Hierarchien, interdisziplinäres Denken und High Performance die bestmöglichen Beratungsergebnisse zu liefern. Aus Wirtschaft und Recht wird Fortschritt!

Die Welt wandelt sich. Nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Wirtschaft. Wachstumsorientierte Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert: Permanente Krisenbewältigung, Veränderung der Arbeitswelt, höchst volatile internationale Märkte, Innovationen, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und steigender Wettbewerbsdruck durch disruptive Geschäftsmodelle.

Was macht uns besonders? Wir arbeiten ergebnisorientiert, partnerschaftlich, verantwortungsvoll, reaktionsschnell und inspirierend zusammen. Unsere Mannschaft besteht aus handverlesenen Spezialisten mit mehrjähriger und multidisziplinärer Praxiserfahrung. Das für die Lösung der Aufgaben individuelle Know How konfiguriert wir maßgeschneidert und gemeinsam mit unseren Kunden und stellen damit sicher, dass wir immer in der perfekten Teamaufstellung an den Start gehen. Denn was uns antreibt ist der Wille mit herausragenden Leistungen Erfolg zu produzieren.

BAY GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Rechtsanwaltskanzlei

Lösung 11
88331 Lindau im Bodensee
Germany

T +49 (0)382 27 30 79 - 10
F +49 (0)382 27 30 79 - 30

Zweigabteilung München
Häselbauer Straße 3
81677 München, Germany
T +49 (0) 89 46 14 90 - 60
F +49 (0) 89 46 14 90 - 70
info@bay-gmbh.com
www.bay-gmbh.com



Ganz links:
Susanne Wiegand
(Vorstandsvorsitzende
der RENK Group AG)
und Jörg Stratmann
(Vorstandsvorsitzender
der Rolls-Royce Power
Systems AG)

Links: Patricia Staab,
Präsidentin der
Hauptverwaltung der
Deutschen Bundesbank
in Baden-Württemberg



Ganz links:
Chiara Trautner, Politikstudentin
an der Zeppelin Universität,
moderierte ein Podium beim BBF
Links:
Thomas Shairzid, Irak-Beauftragter
der Caritas-Flüchtlingshilfe Essen
und Ahmed Musa, Präsident der
Barzani Charity Foundation



Links:
Jan Tombiński, der neue
Geschäftsträger
der Republik Polen
in Deutschland

Alle Fotos in dieser Beilage
von Christian Flemming
und Stefan Trautmann



Bodensee Business Forum 2024

Eine Veranstaltung von
Schwäbisch Media

**Mit kühlem Kopf
durch bewegte Zeiten.**

Graf-Zeppelin-Haus
Olgastraße 20
88045 Friedrichshafen
22. Oktober 2024

Alle Informationen und
Hintergründe zum Bodensee
Business Forum 2024
im Netz auf

[bodensee-business-forum.de](https://www.bodensee-business-forum.de)



BBF zum Hören

Den Podcast vom BBF
hören Sie auf
[bodensee-business-forum.de/
bbf-podcast/](https://www.bodensee-business-forum.de/bbf-podcast/)



Apple Podcast



Spotify



Die Sendung
„Chiefsache Business Lounge“,
die beim BBF aufgezeichnet wurde,
wird an folgenden
Terminen von Regio TV Bodensee ausgestrahlt:

Freitag, den 25.10. 20 Uhr und 22:30 Uhr
Samstag, den 26.10. 18:30 Uhr, 20 Uhr,
und 22:30 Uhr
Sonntag, den 27.10. 20 Uhr und 22:30 Uhr

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich

Erscheinungsorte:
Aalen, Albstadt, Balingen, Biberach, Ehingen,
Eilwangen, Friedrichshafen, Laichingen,
Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg,
Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen,
Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen,
Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Gabriel Kords
Stellvertretende Chefredakteure:
Robin Halle, Jan David Sulthoff
Politik: Jochen Schlosser
(Mitglied der Chefredaktion)
Wirtschaft: Thomas Hagenbucher
Journal/Kultur: Anje Merke
Sport: Martin Deck
Beilagen/Wochenende: Simone Haefele
Gestaltung: Hassan Al Mohtasib
Alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Dirk Grube
Redaktion Berlin: Andreas Becker, Claudia Kling,
Carsten Korfmacher
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jauß
Korrespondenten in
Washington, Moskau, Paris und Brüssel

Druck:
SV Druck GmbH & Co. KG Ravensburg,
Druckhaus Weingarten

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler,
Gessler, Karlstraße 16,
88212 Ravensburg
Telefon: 0751/2955-0
Geschäftsführer: Lutz Schumacher
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Marcel Pfeifer
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungsproduktion:
Anita Löst

Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedin-
gungen sowie die aktuelle Preisliste der Schwä-
bischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler.
Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokal-
redaktionen und die lokalen Anzeigenleiter
verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen. Falls durch
Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aus-
sperrung keine Zeitung geliefert werden kann,
ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service:
Telefon: 0751/29 555 555
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de